

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Forschung und Technologie (18. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Schierholz, Schmidt (Hamburg-Neustadt)
und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/3766 —**

Ökologische Zukunft der Kernforschungsanlage Jülich

A. Problem

Nach dem Antrag sollen in der Kernforschungsanlage (KFA) Jülich künftig langfristig angelegte und komplexe Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von überregionaler und großer sozialer, ökologischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung erarbeitet werden, die einen hohen Planungs- und Managementaufwand sowie eine kontinuierliche Bearbeitung erfordern und die mit erheblichen technischen und ökonomischen Risiken behaftet sind. Ihr Forschungspotential auf den Querschnittsgebieten der Ursachen- und Wirkungsforschung, der Technikfolgenabschätzung und der Systemanalyse soll wesentlicher Bestandteil des von der Bundesregierung geplanten „Frühwarnnetzes“ werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages, da dessen inhaltliche Forderungen durch den Bericht der Bundesregierung zur zukünftigen Entwicklung der Großforschungseinrichtungen — Drucksachen 10/1327, 10/1771 —, durch die Beschlußempfehlung des Ausschusses vom 12. März 1986 (Drucksache 10/5178) sowie durch die von der Kernforschungsanlage Jülich beschlossene Neuorientierung in ihren Aufgaben und Zielen erfüllt sind.

Mehrheitsbeschluß bei Stimmenthaltungen

C. Alternativen

Die Fraktion DIE GRÜNEN besteht auf Annahme des Antrags.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 10/3766 — abzulehnen.

Bonn, den 15. Oktober 1986

Der Ausschuß für Forschung und Technologie

Dr. Schierholz	Seesing	Vosen	Kohn	Schmidt (Hamburg-Neustadt)
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Seesing, Vosen, Kohn und Schmidt (Hamburg-Neustadt)

A. Allgemeines

1. Gang des Beratungsverfahrens

Der Antrag ist in der 191. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. Januar 1986 an den Ausschuß für Forschung und Technologie federführend sowie zur Mitberatung an den Innenausschuß und den Ausschuß für Wirtschaft überwiesen worden.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat in seiner Sitzung am 15. Oktober 1986 unter Heranziehung der Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und einer Stimme der Fraktion der SPD, die sich im übrigen der Stimme enthalten hat, und gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN die dem Hohen Hause vorgelegte Beschlußempfehlung verabschiedet.

2. Die Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Wirtschaftsausschuß hat in seiner Sitzung am 12. März 1986 bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der SPD und des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN den Beschluß gefaßt, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der an die Stelle des mitberatenden Innenausschusses getretene Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 1. Oktober 1986 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

B. Zum Antrag

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, bei der Kernforschungsanlage Jülich eine Globalsteuerung in der Weise vorzunehmen, daß dort künftig langfristig angelegte und komplexe Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von überregionaler und großer sozialer, ökologischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung bearbeitet werden, die einen hohen Planungs- und Managementaufwand sowie eine kontinuierliche Bearbeitung erfordern und die mit erheblichen technischen und ökonomischen Risiken behaftet sind. Insbesondere soll die Kernforschungsanlage Jülich verstärkt zur wissenschaftlichen Politikberatung und als Instrumentarium des von der Bundesregierung geplanten „Frühwarnnetzes“ unter ökologischen Gesichtspunkten herangezogen werden. Dabei soll sich die inhaltliche Arbeit der KFA Jülich schwerpunktmäßig auf die nichtnukleare Energieforschung unter besonderer Berücksichtigung unter anderem fortgeschrittener Energiespartentechniken, des Einsatzes

der verschiedenen regenerativen Energiequellen der Bundesrepublik Deutschland, der Entwicklung von Speichertechniken und der Bedarfssteuerung sowie auf die ökologische Wirkungsforschung unter besonderer Berücksichtigung der Umweltforschung, Altlastensanierung und Risikoanalyse der industriellen, handwerklichen und landwirtschaftlichen Produktion ausrichten.

C. Zum Ausschlußbeschluß

Die Koalitionsfraktionen waren der Meinung, daß das neue Konzept der KFA Jülich den Vorstellungen entspreche, die im Ausschuß für Forschung und Technologie jahrelang im Zusammenhang mit der Neuorientierung der Großforschungseinrichtungen diskutiert und entwickelt worden seien. In dem von der Bundesregierung auf Beschluß des Deutschen Bundestages vorgelegten Bericht über die Neuordnung der Großforschungseinrichtungen (Drucksachen 10/1327, 10/1771) sei darauf hingewiesen worden, daß die Phase neuer inhaltlicher Festlegungen bei den Aufgaben der Großforschungseinrichtungen, bedingt durch den erfolgreichen Abschluß oder die bevorstehende Beendigung von Gründungsaufgaben sowie durch ihren Beitrag, neuen wissenschaftlich-technischen Herausforderungen zu begegnen, in einigen Großforschungseinrichtungen bereits eingeleitet worden sei. Hierzu gehöre nach Ansicht der Koalitionsfraktionen die KFA Jülich. Dies werde dadurch verdeutlicht, daß neben der Fortführung unter anderem der nuklear-medizinischen Forschung, der Nuklearchemie, der Biotechnologie, der Plasmaphysik-Kernfusion, der Kernphysik, der Energie- und Umweltforschung sowie der Festkörperforschung drei neue Schwerpunkte gebildet worden seien: „Materialforschung“, „Umweltchemikalien und Ökosysteme“ sowie „Grundlagenforschung zur Informationstechnik“. Insgesamt müßte festgestellt werden, daß das neue Gesamtkonzept der KFA, auch beeinflusst durch die Entscheidung, keine Spallationsneutronenquelle zu bauen, vom Grundsätzlichen her als ausreichend angesehen werden muß, den Bereich ihrer Forschungsmöglichkeiten abzudecken und ihr Profil insbesondere durch die neuen Forschungsprogramme für die Zukunft zu prägen. Im übrigen widerspreche es der Selbstbestimmung der KFA Jülich, wenn mit den im Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vorgeschriebenen Aufgabenzuweisungen der Eindruck erweckt werde, im Detail einer Großforschungseinrichtung vorzuschreiben, was sie in Zukunft als Forschung zu betreiben habe.

Die Fraktion der SPD vertrat die Meinung, daß der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Ansätze enthalte, die neue Aufgaben der KFA Jülich darstellen könnten. Allerdings sei der aufgeführte Aufgaben-

katalog jedoch nicht ausreichend für die Auslastung der gesamten Forschungskapazität. Das Programm für die Umstrukturierung der KFA Jülich werden durchaus für bedenkenswert gehalten, wobei deren Gesamtkonzept um die von der Fraktion DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Punkte ergänzt werden sollte.

Die Fraktion DIE GRÜNEN sah ihren Antrag als einen wichtigen Teilaspekt bei der Neukonzeption für die KFA Jülich an, insbesondere nach der Entscheidung, die Spallationsneutronenquelle nicht zu bauen. Auf Grund dieser Entscheidung sei die Möglichkeit eröffnet worden, weg von der Konzentration auf Großgeräte z. B. neue Wege in Richtung auf eine vernetzte Forschung zu gehen. Diese Forschung ermögliche es, daß Wissenschaftler aus ver-

schiedenen Fachbereichen zusammenwirken können, um zu untersuchen, wie sich verschiedene Entwicklungen in den Ökosystemen, aber auch im Hinblick auf die durch die Anwendung von neuen Technologien verursachten sozialen Probleme der Gesellschaft auswirkten. Wenngleich im Bereich der Umweltforschung gewisse Übereinstimmungen vorhanden seien, so sollten hier andere Schwerpunkte gesetzt, das heißt nicht nur Stoffkreisläufe untersucht, sondern Alternativforschung betrieben werden, um Gifteinträge an der Quelle zu vermeiden. Hinsichtlich der Neukonzeption der KFA Jülich sei in den Bereichen Materialforschung und Informationstechniken offenkundig geworden, daß sie weitgehend industriellen Interessen untergeordnet werden sollen. Damit würden Industriebereiche subventioniert, die diese Subventionen nicht nötig hätten.

Bonn, den 15. Oktober 1986

Seesing Vosen Kohn Schmidt (Hamburg-Neustadt)

Berichterstatter